



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



PPS Polyvalent Patent Service AG

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt
Convisa AG, Unternehmens-,
Steuer- & Rechtsberatung
6431 Schwyz
Tel. 041 819 60 60
Fax 041 819 60 69
praesident@h-i-sz.ch
ruedi.reichmuth@convisa.ch

H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Gersauerstrasse 7
Postfach 618
CH-6440 Brunnen
Tel. 041 820 34 44
Fax. 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Kasse:

Schwyzner Kantonbank
Tel. 041 819 41 11
Fax 041 819 41 27

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

Küssnacht:

Josef Stübi
Tel. 041 854 04 00
josef.stuebi@baer.ch

March, Höfe, Einsiedeln:

Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, print&crossmedia,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 5-7

Aktuell

Studienberatung stellt
Berufe mit Zukunft vor 8

Themen

Verschärfte Kündigungsbestimmungen:
Unnötige Gefährdung
des Arbeitsplatzes Schweiz..... 9-10

Die Mittel für mehr Investitionen
in die Zukunft sind vorhanden 10-11

Schweizer Transportpolitik:
Zurück zur Realität 12

Freihandel mit China:
Grosse Chance für die Schweiz..... 13

Index 14

Kommentar zum Zeitgeschehen

Ein Gespenst geht um in der Schweiz 15

«Sie haben uns ein Jahr Entwicklung kaputtgemacht!»



Alois J. Frauenknecht,
Geschäftsführer
PPS Polyvalent Patent Service AG

Liebe Wertschöpfer

Der gewerbliche Rechtsschutz (engl. Intellectual Property = IP) ist ein Stiefkind der Schweizer Industrie. Dass dem so ist, hat Tradition, so hat der gewerbliche Rechtsschutz in der Schweiz, zu Beginn des industriellen Zeitalters, im ausgehenden 19. und zu anfangs des 20. Jahrhunderts eine sehr ominöse Rolle gespielt. Die Schweizer waren Meister im Kopieren und haben das Patentrecht nur unter grossem Druck von Deutschland, und dies erst noch in kleinen Schritten, eingeführt.

Was hat sich geändert? Nach wie vor spielt in der Schweiz das

ganze IP-Gebiet, in der Ausbildung von Ingenieuren, Juristen und Ökonomen, immer noch eine untergeordnete Rolle. Zwar hat sich die Ausbildungssituation in den letzten 10 bis 15 Jahren gebessert, doch sind nach wie vor zahlreiche Manager am Werk, die sich über rechtliche und tatsächliche Gegebenheiten hinwegsetzen.

Falscher Stolz und Arroganz

In der Patentpraxis hört man wieder Sprüche wie:

«Wir sind nicht auf Patente angewiesen; wir entwickeln laufend weiter und sind so der Konkurrenz weit voraus etc.»

Dies führt ausnahmslos zu einem bösen Erwachen. –

Fallbeispiele aus jüngster Zeit

Eine Firma B wollte vor bald 10 Jahren ihre Serviceorganisation und insbesondere den Nachschub an Verbrauchsmaterial mit Hilfe des Internets automatisieren. Nach ersten erfolgreich verlaufenen Tests wurde eine Patentrecherche durchgeführt, die eine relevante amerikanische Patentanmeldung (zum Stand der Technik) zeigte. Beansprucht, d.h. in den Patentansprüchen formuliert waren die für eine Automatisierung notwendigen Sensoren und Sonden, die mit Hilfe von Mikroprozessoren Füllstände kontrollierten und falls erforderlich, Materialbestellungen auslösten. Anmelderin war ein grosser Konzern in den USA, der bisher auf dem einschlägigen Fachgebiet

noch nie in Erscheinung trat. Daraufhin hat die Firma B diese Entwicklung «schubladiert» und im Rahmen von Personalfluktuationen schlicht weg vergessen. Ende des Jahres 2009 wurde der Kostendruck immer grösser, die Konkurrenz aggressiver und die Margen drohten zusammenzubrechen. Nach einem Brainstorming wurde von einem zwischenzeitlich ausgewechselten Management festgestellt: Wir brauchen eine kostengünstige Internetlösung. Gesagt getan, alle verfügbaren Entwickler wurden auf die vermeintlich neue Aufgabenstellung angesetzt und konnten nach einem Jahr tatsächlich brauchbare Prototypen und Testanlagen vorzeigen. Der Stolz dauerte nur kurz, lagen doch im Archiv des Patentanwaltes die andernorts längst verschwundenen Rechercheergebnisse. Eine Überprüfung des Status (Rechtsstand) der vor bald 10 Jahren gefundenen Patentanmeldung zeigte einen vorpatentierten Stand der Technik, der auch in Europa nicht zu umgehen war.

Kommentar des verantwortlichen Projektleiters gegenüber dem Überbringer dieser «bösen» Botschaft: «Sie haben uns ein Jahr Entwicklung kaputtgemacht!» – Dummheit oder Naivität? Wahrscheinlich beides!

Eine andere Firma C, gehört zu einem zunehmend diversifizierenden Konzern. Sie beschloss in einer Division, die auf konjunkturabhängige, hochwertige Lohnarbeit ausgerichtet ist, im Bereich

«Cleantech», ein eigenes Produkt zu entwickeln. Zu diesem Zweck engagierte man ein auswärtiges Ingenieurbüro und investierte grosse Eigenmittel. Der verspätet zugezogene Patentanwalt konnte nur noch erreichen, dass die Verträge für einen Prototypen über einen ausländischen Auftraggeber und Abnehmer abgewickelt und von diesem teilfinanziert wurden. Die Warnung, – wieder auf Grund einer Patentrecherche – bewiesen, dass die angestrebte Diversifikation mindestens 10 Jahre zu spät erfolge, wurde aber in den Wind geschlagen. –

Resultat: Ausser Spesen nichts gewesen und haarscharf an einem kostspieligen Patentprozess vorbeigescheppert. Es ging damit wertvolle Zeit verloren, die bei einer geeigneten Kooperation und/oder Lizenznahme zu neuen Arbeitsplätzen und zu entsprechenden Wertschöpfungen geführt hätte. – Fazit: Wiederholte Strategie- und Managementfehler, die bei der nächsten Krise zur Schliessung der Division führen können.

Das Positive aus beiden geschilderten Fällen ist: Die Firmen B und C, benutzen heute das Patentüberwachungssystem DEPAROM-Profil (siehe www.search-pps.ch), um künftig die Marktteilnehmer kennen zu lernen, bevor Entwicklungsaufwand getrieben wird. «Das Rad zweimal erfinden ist in unserer globalisierten und gläsernen Welt nicht nötig; es ist sogar äusserst gefährlich»

DAMPFIBIA am Quai von Küssnacht am Rigi

Am abstrakten Beispiel der DAMPFIBIA soll grundsätzlich die Patentfähigkeit einer Erfindung umrissen werden.

Was enthält ein Erfindungspatent?

Eine technische Lehre, mit der unter Einsatz von Naturkräften ein angestrebtes Ziel nachvollziehbar ist.

Somit sind reine Ideen oder Anweisungen an den menschlichen Geist (Rechenregeln etc.) nicht patentierbar. Ebenfalls gesetzlich ausgeschlossen sind Therapieverfahren und Erfindungen «am Menschen», was aber unter dem Druck der Genforschung zunehmend durchlöchert wird.

Was sind die Voraussetzungen für die Erteilung eines materiell geprüften Patentes?

- a) Die Erfindung muss **neu** sein, d.h. sie darf weder mündlich noch schriftlich, noch durch einen Prototypen einem nicht zur Geheimhaltung verpflichteten Personenkreis bekannt sein.
- b) Die Erfindung muss auf einer **erfinderischen Tätigkeit** beruhen; sie darf für den Fachmann nicht naheliegend (trivial) sein.

c) Sie muss **gewerblich anwendbar** sein. Diese Forderung ist, ausserhalb von Therapieverfahren für Mensch und Tier, nahezu immer erfüllbar.

Die DAMPFIBIA ist folglich dem Patentschutz nicht zugänglich; die gezeigte technische «Zwitterlösung» wäre für den Fachmann naheliegend, selbst dann, wenn sie in der Praxis funktionieren würde.

«Last but not least» gelten in den USA auch für Erfindungspatente eigene Grundsätze, dort lebt man nach dem Motto: «Everything under the sun, made by men, is patentable».

Beratung bei Innovationen

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum in Bern (www.ige.ch) hat mit qualifizierten schweizerischen Patentanwaltsbüros ein IP-Beratungsnetzwerk aufgebaut. Die Mitglieder dieses Netzwerkes haben sich verpflichtet, nach Voranmeldung, im Bereich Patent- und Softwareschutz eine kostenlose Erstberatung von 45 Minuten Dauer zu leisten. Nutzen Sie diese Möglichkeit.



Alois J. Frauenknecht

Kantonalbank steigert den Gewinn

Die Schwyzer Kantonalbank hat 2010 den Margendruck gespürt. Es schrumpften die Erfolge aus dem Zinsen-, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft sowie dem Handelsgeschäft, was auf den Kampf der Banken um Marktanteile zurückzuführen ist. Dafür wuchs der übrige ordentliche Erfolg dank des höheren Ertrages bei den Finanzbeteiligungen. Der Geschäftsaufwand konnte um 95 Mio. Franken reduziert werden. Der Bruttogewinn erhöhte sich leicht um 0,3 Prozent auf 130,5 Mio. Franken, der operative Gewinn legte um 6,1 Mio. auf 119,5 Mio. Franken zu. Unter dem Strich konnte die SZKB den Gewinn von 75,1 auf 77,9 Mio. Franken steigern. Die Eigenmittel der Bank stiegen somit auf 1,2 Mio. Franken, der Eigenmitteldeckungsgrad betrug Ende Jahr 258 Prozent und liegt über mehr als dem Doppelten von dem, was von der Finma gefordert wird. Die Gewinnablieferung an den Kanton stieg um 1,5 Mio. auf 38,5 Mio. Franken. Der auf den 1. April 2011 in den Ruhestand tretende Kantonalbank-CEO Gottfried Weber rechnet für das laufende Jahr mit steigenden Zinsen und einer wegen des starken Frankens spürbaren Wachstumsverlangsamung.

Schaltzentrale in Schindellegi

Im Zuge der Wachstumsstrategie baut Kühne + Nagel das europäische Landverkehrsnetz umfassend aus. Bis zum Jahr 2014 soll die Zahl der getakteten europäischen Linienverkehre von 300 auf 500 steigen und die Abfahrtsfrequenz sich verdoppeln. Ein zentrales Netzwerkmanagement am Hauptsitz in Schindellegi übernimmt die ganzheitliche Konzeption, Steuerung und Kontrolle des europaweiten Netzes. Dies ermöglicht neben einer deutlichen Verdichtung der Verkehre und einer Verkürzung der Laufzeiten ein Qualitätsniveau, das bei dezentraler Steuerung nicht erreicht werden könnte. Die Standardisierung der Prozesse erhöht zudem europaweit die Effizienz. Ab sofort werden alle internationalen Verkehre in einem einheitlichen Fahrplan erfasst, sodass der Kunde sämtliche Laufzeiten der Sendungen einsehen kann. Das Schindellegler Logistikunternehmen bietet inzwischen seine Stückgutverkehre in 38 europäischen Ländern an.

Felchlin investiert im grossen Stil

Die Max Felchlin AG wird in den kommenden Jahren massiv in die Fabrikation investierten. CEO Christian Aschwanden spricht von einem Betrag in zweistelliger Millionenhöhe. Das in Ibach domilizierte Unternehmen stellt Schokolade-Halbfabrikate und in geringerem Masse auch Tafelschokolade her. Die Investitionen sollen in einem Jahr beginnen und in fünf Jahren abgeschlossen sein.

Brauerei Rosengarten steigert die Produktion

Die Einsiedler Brauerei Rosengarten blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Sie hat 2010 erstmals mehr als 1,8 Mio. Liter Bier gebraut. Die Zunahme um mehr als zwei Prozent zum Vorjahr ist überdurchschnittlich. Zum Vergleich: Der Inlandausstoss aller Schweizer Brauereien steigerte sich um 0,3 Prozent. Die verschiedenen Einsiedler Biere, vor allem das Maisgold und das Einsiedler Lager, sind sehr beliebt und verzeichnen die grösste Zunahme. Damit die steigende Nachfrage auch in Zukunft gedeckt werden kann, wird die Erweiterung des Gär- und Lagerkellers in Angriff genommen.

Auto AG unter neuer Führung

Mitte August hat Auto AG-Direktor Michael Roost überraschend seinen Rücktritt per 30. November erklärt. Seither wurde der Betrieb des öffentlichen Bus-Anbieters der Region Innerschwyz ad interim geführt. Ende Januar konnte nun die Nachfolgeregelung bekanntgegeben werden. Die beiden Ausserschwyzer André Diethelm als Direktor und Patrick Schnellmann als sein Stellvertreter werden die Geschäftsleitung ab sofort übernehmen. Diethelm (43) war seit Juli 2010 Assistent der Geschäftsleitung. Schnellmann (40) übernimmt den Innendienst. Er bringt Erfahrung in der Führung und Betriebsplanung des öffentlichen Verkehrs mit. Mit der zweiköpfigen Geschäftsleitung will sich die Auto AG Schwyz gegen das «Klumpenrisiko», wie es nach dem Rücktritt des vormaligen Geschäftsleiters entstanden ist, absichern.

140 Arbeitsplätze nach Einsiedeln

Auf Ende September 2009 hat die Möbelfabrik Zehnder die Produktion an der Zürcherstrasse in Einsiedeln eingestellt. Drei Produktlinien wurden bei der Möbelfabrik Schuler in Rothenthurm integriert. Von den 65 Mitarbeitenden konnte so gut der Hälfte in Rothenthurm eine Arbeitsstelle angeboten werden. Die Gebäude wurden von der Leuthold Mechanik AG,

Samstagern, übernommen. Kernstück ist die 12 000 Quadratmeter grosse Fertigungshalle. Nun hat dieses weltweit führende Unternehmen im Maschinenbau für Aluminiumverpackung ihre Produktion in Einsiedeln aufgenommen. Es ist dies die bedeutendste Firmenansiedlung in Einsiedeln, seit 1995 die Steinel Solutions AG in die Gebäude der Landis & Gyr eingezogen ist. Anfang Jahr wurde eine erste Einheit der Leuthard Mechanik mit 18 Angestellten nach Einsiedeln verlegt. Gearbeitet wird in drei Schichten rund um die Uhr. Für den Kauf der Liegenschaft sowie die Investitionen ins Gebäude rechnet Heinz Leuthold gemäss Angaben des «Einsiedler Anzeigers» mit einem zweistelligen Millionenbetrag. Innen sei praktisch ein Neubau entstanden. Die grosse Halle wird nun sukzessive mit Produktionsanlagen gefüllt. Bis in drei Jahren sollen so im Klosterdorf rund 140 neue Arbeitsplätze entstehen.

Kloster Einsiedeln erhält hochdotierten Umweltpreis

Das Benediktinerkloster Einsiedeln ist auch ein Unternehmen. So bewirtschaftet es den über 1000 Hektaren grossen Waldbestand selber und verarbeitet das dadurch anfallende Holz. Zwei Drittel werden zu Schnitt- oder Bauholz verarbeitet, mit dem Rest wird die gesamte Klosteranlage beheizt. Diese vorbildliche Waldpflege und -nutzung mit kleinen Kreisläufen und der Verarbeitung vor Ort wird nun ausgezeichnet. Das Kloster erhält den mit 200 000 Franken höchsten Umweltpreis der Schweiz, den Waldpreis der Sophie und Karl Binding Stiftung. Mit dem Geld soll ein Projekt angestossen werden: In den nächsten Jahren sollen für rund sechs Mio. Franken weitere Verbesserungen bei der Energieeffizienz erreicht werden. Die Gebäude werden isoliert, Feinstaubfilter installiert, Sonnenkollektoren montiert und mittels Erdsonden Wärme aus dem Untergrund geholt. Geplant ist auch die Produktion von Strom aus Holz.

Gattiker lagert weiter aus

Die Ernst Sutter AG, Eigentümerin der Firma Gattiker, verlegt 40 Stellen von ihrem Standort Freienbach ins st. gallische Bazenheid. Der Fleischwarenproduzent beschäftigt derzeit rund 160 Mitarbeiter. Vom Arbeitsortwechsel sind 30 Mitarbeitende in der Produktion und zehn im Transportbereich betroffen. Der Wechsel soll schrittweise im zweiten und dritten Quartal vollzogen werden. Das Unternehmen will die Frisch-

fleischverarbeitung in Bazenheid konzentrieren, wofür das Unternehmen Investitionen von rund 90 Mio. Franken getätigt habe, sagt Daniel Härter, Leiter Marketing. Einige Mitarbeiter haben auf dem Standortwechsel mit einer Kündigung reagiert. Die auf die Herstellung von Rohwurstwaren und Rohpökelwaren spezialisierte Firma Gattiker hat bereits 2006 aufgrund von Platzmangel am Standort in Freienbach die Schlachtung in die Ostschweiz verlegt. Damals wurde für 25 betroffene Mitarbeiter eine interne Lösung gefunden. Weitere Auslagerungen in die Ostschweiz sind aber nicht geplant.

Mythen Center baut um

Das Mythen Center in Ibach setzte letztes Jahr über 200 Mio. Franken um. Unter einem Dach vereint bieten 56 Fachgeschäfte ihre Produkte an. Jetzt ist dieses mit Abstand grösste Einkaufszentrum des Detailhandels im inneren Kantonsteil in einer grösseren Umbauphase. Diese begann letztes Jahr mit der Neugestaltung der Migrol-Tankstelle, seit dem 3. Januar erfährt Charles Vögele Mode und Vögele Schuhe einen Komplettumbau. Auch Tschümperlin gestaltet sein Schuhgeschäft um und strukturiert neu, ebenso Micasa. Das Manor-Warenhaus erhält ein komplett neues Gesicht, im Spätsommer wird die Modekette H&M gesamterneuert, ebenso bei Depot-Interio. Zudem werden diverse Infrastrukturen angepasst, von der neuen Rolltreppe über die Mall bis hin zu WC-Anlagen.

Rollerpark Sattel wird aufgehoben und umgebaut

Der Rollerpark in Sattel, einst grösster seiner Art in Europa, wird im Frühjahr nicht mehr eröffnet. Das frei werdende, 7000 Quadratmeter umfassende Areal unmittelbar bei der Talstation der Gondelbahn Sattel-Hochstuckli, soll vorerst in einen Parkplatz verwandelt werden. Was mit den Installationen geschieht, ist noch nicht bekannt. Sie sollen wenn möglich verkauft werden. Überlegungen gehen dahin, dass auf dem Platz Übernachtungsmöglichkeiten für Familien geschaffen werden. Eine andere Möglichkeit wäre der Bau von kinder- und familienfreundlichen Ferienwohnungen à la Reka-Ferendorf oder Landal-Ferienpark, wie dies bereits erfolgreich beim Swiss Holiday Park in Morschach praktiziert wird. Gespräche mit Investoren sind angelaufen. Die Sattel-Hochstuckli AG hatte vor einigen Jahren die Anlage für Inlineskater, Skateboarder und BMX-Fahrer von der Baufirma Käppeli übernommen. Inzwischen hat sich die Ausgangslage aber

geändert, nachdem in vielen Gemeinden solche öffentlichen Anlagen entstanden sind, die gratis benutzt werden können.

Bund beteiligt sich an Agglo Obersee

Gestützt auf das vorliegende Programm für den Agglomerationsverkehr wird sich der Bund an der infrastrukturellen Entwicklung der Agglo Obersee beteiligen. Der Trägerverein «Agglo Obersee» hat soeben die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Danach wird sich die Eidgenossenschaft an der Finanzierung verschiedener Massnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur beteiligen. Dazu gehört im Rahmen des Bauprogramms am Zürcher Obersee unter anderem auch der Ausbau des Umsteigeknotens Pfäffikon. Der Bundesbeitrag ist auf 30 Prozent der Kosten und maximal 11 Mio. Franken festgelegt worden.

Annen + Schibig baut aus und schafft Arbeitsplätze

Auf dem Areal einer jüngst abgebrochenen Armeehalle im Ibächler Gewerbegebiet an der Muostastrasse entsteht ein dreigeschossiger Neubau. Die Firma Annen + Schibig AG investiert acht Mio. Franken und wird mindestens 20 neue Arbeitsplätze schaffen, womit der Mitarbeiterbestand auf 80 erhöht wird. Im Neubau soll die gesamte Blechbearbeitung untergebracht werden. Die Fertigung soll künftig im 24-Stunden-Betrieb erfolgen. Die Firma liefert Lösungen aus Blech und hat Kunden sowohl in der Region wie landesweit.

Besitzerwechsel der Butti Bauunternehmung AG

Bei der in Pfäffikon domilzierten Butti Bauunternehmung AG erfolgt im Sommer ein Besitzeswechsel. Rudolf Späni übergibt an Gian Reto Lazzarini. Die operative Führungsverantwortung übernimmt Lazzarini nach einer gemeinsamen Übergangsphase ab 1. Januar 2012. Das Baugeschäft wurde 1909 von Josef Butti gegründet. Seit 1977 ist die Butti Bauunternehmung AG im Besitz von Rudolf und Ursula Späni. Der neue Eigentümer wird an den bewährten Qualitätsmerkmalen der Unternehmung festhalten.

Schwyz 2013 als Gast in Berlin

Die Regierungen der Zentralschweiz haben beschlossen, als Gastregion 2013 an der Grünen Woche Berlin, der grössten Messe der Land- und Ernährungswirtschaft Europas, teilnehmen. In einem ersten Schritt soll das Ausstellungskonzept festgelegt werden.

Gleichzeitig werden die Kantonsvertreter in ihren Kantonen mit möglichen Ausstellern Gespräche führen. An der Grünen Woche Berlin sind auf einer Fläche von 115 000 Quadratmetern rund 1500 Aussteller aus 57 Ländern vertreten. Mit 400 000 Besuchern und viel Fachpublikum ist der Anlass ein wichtiger Treffpunkt für Politik, Wirtschaft und Handel. Die Schweiz ist seit mehreren Jahren mit verschiedenen Gastregionen an der jährlich stattfindenden Grünen Woche Berlin präsent.

Dynamische Firma Henseler AG, Küsnacht

Die Firma H. Henseler AG hat Ende 2010 mit dem Bau eines Neubaus begonnen. Das neue Kompetenzzentrum kostet 24 Mio. Franken. Zu den bereits 120 Angestellten sollen bis zur Eröffnung 2012 nochmals 50 hinzukommen. Mit dem Neubau werden die engen Platzverhältnisse auf grosszügige Art gelöst. Das Ausenlager «Böschbrot» wird aufgelöst, ebenso an mehreren Stellen angesiedelten Ersatzteillager. Die Produktionsstätte der Swiss Traction German GmbH im deutschen Königsbrück wird in die Schweiz verlagert und in die Firmenstruktur integriert. Damit können Doppelspurigkeiten vermieden und die Kapazität massiv gesteigert werden. Das Unternehmen wurde 1960 als Einzelfirma Hans Henseler in Risch ZG gegründet. Seit der Erweiterung 1986 ist sie im Industriegebiet «Fänn» in Küsnacht angesiedelt. Das dynamische Unternehmen ist im Maschinen-, Hydraulik- und Aufzugsbereich tätig. Firmeninhaber sind Markus und Kilian Henseler, die Söhne des Gründers.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Studienberatung stellt Berufe mit Zukunft vor

Die Studienberatung des Kantons Schwyz lud am 26.01.2011 zu ihrer Stud&Be-Informationsveranstaltung zum Thema **Architektur, Technik & Bewegungswissenschaften** an der Kantonsschule Pfäffikon ein. Die rund 30 Teilnehmer/innen schätzten die vielfältigen und konkreten Einblicke in Studien- und Berufsbereiche.

Sabina Peterka von der Studienberatung präsentierte Referierende aus Studienrichtungen und Berufen mit viel Zukunftspotential.

Technik im Dienst von Mensch und Natur

Umweltingenieure beschäftigen sich unter anderem mit Wasser, Erde und Recycling. Der Referent Adrian Siegrist hat mit seinem Team im Rahmen eines Neat-Projektes einen Bach renaturiert, damit dieser bei Hochwasser nicht unkontrolliert über das Ufer tritt. Weiter musste neben dem neuen Bachbett auch ein Auffangbecken gebaut werden, wo das Wasser aufbereitet wird, bevor es ins Grundwasser gelangt. Denn das von der Eisenbahn unweigerlich verschmutzte Wasser darf nicht ungefiltert absickern. Um die gesamte Situation richtig einschätzen zu können, erstellen Umweltingenieure Modelle am Computer, mit denen das erwartete Szenario berechnet werden kann. Adrian Siegrist zeigte dem Publikum, wie man mittels dieser Modelle den Übertritt des Wassers bei Überschwemmungen simulieren kann.

Spezialisten für die Gesundheitsförderung

Etwas weniger technisch geht es in den Bewegungswissenschaften zu und her. Dieser Studiengang ist relativ neu, deshalb gibt es nur wenige explizite Stellen für Studienabgänger. Im Gegensatz zu den Umweltingenieurwissenschaften

oder zur Medizin haben Bewegungswissenschaftler nach dem Studium keine berufsqualifizierende Ausbildung. Das bedeutet, sie können in sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen eingesetzt werden. Bewegungswissenschaftler beraten Firmen in der betrieblichen Gesundheitsförderung, um beispielsweise die Krankheitsfälle zu senken. In der Medizinaltechnik fungieren sie als Schnittstelle zwischen der Entwicklungsabteilung und dem Aussendienst, in Fitnesscentern führen sie Qualitätssicherungen durch. Bewegungswissenschaftler können aber auch als Sportlehrer in Gymnasien oder Dozenten an einer Fachhochschule im Gesundheitsbereich eingesetzt werden. Die Referentin Alexandra Papandreou selber arbeitet in der Gesundheitsförderung und Prävention der Schulgesundheitsdienste Zürich. Sie leitet das Bewegungsförderungsprojekt bewegter Kindergarten, wo es darum geht, gesündere Ernährung und mehr Bewegung in die Kindergärten zu bringen.

Wirtschaft + Technik + Gestaltung = «Wirtschaftsingenieurin Innovation»

Corinne Lötscher studiert Wirtschaftsingenieurin Innovation. Ein Studium, welches Wirtschaft, Design und Technik verbindet. Zurzeit arbeitet sie an ihrer Bachelorarbeit, in welcher sie für eine Firma ein Kommunikationskonzept entwickelt und gibt Empfehlungen ab, welche Marketinginstrumente die Firma für ihre Produkte einsetzen soll. Wirtschaftsingenieure Innovation eignen sich nach dem Studium als Führungspersonen, weil das vertiefte Wissen in den drei Bereichen hilft, wichtige Zusammenhänge zu erkennen.

Im Anschluss an die Referate hatten die Zuhörenden die Gelegenheit, Fragen direkt mit den Referierenden zu besprechen. Es wurde ausgiebig diskutiert, so dass am Ende alle mit den für sie wichtigen Informationen versehen und in ihrer Studienwahl wieder einen Schritt weiter waren.

Stud&Be – Studierende und Berufsleute informieren

Die Stud&Be-Informationsreihe gibt im Zweijahreszyklus Mittel-schülerinnen und -schülern und einem weiteren Publikum Einblicke in verschiedene Hochschulbereiche und anschliessende Berufsmöglichkeiten. Nach den Referaten besteht die Möglichkeit, sich persönlich mit den Referierenden zu unterhalten. Das Jahresprogramm sowie detaillierte Berichte zu vergangenen Veranstaltungen finden Sie unter: www.sz.ch/berufsberatung → Stud&Be

Verschärfte Kündigungsbestimmungen: Unnötige Gefährdung des Arbeitsplatzes Schweiz

Seit längerer Zeit kritisierten die Gewerkschaften, eine Entschädigung von sechs Monatslöhnen wegen missbräuchlicher Kündigung sei für die Arbeitgeber nicht abschreckend genug und verlangten, dass Entlassungen von Gewerkschaftsvertretern als ungültig zu betrachten seien bzw. diese wieder eingestellt werden müssten. Der Bundesrat folgte dieser Forderung aber unter Hinweis auf die in der Schweiz geltende Kündigungsfreiheit sowie wegen der persönlichen Natur des Arbeitsverhältnisses nicht. Dagegen schlägt er drei hauptsächlich Änderungen gegenüber dem geltenden Recht vor: Die maximale Entschädigung im Fall einer missbräuchlichen oder ungerichtlich gekündigten Kündigung soll neu nicht mehr sechs, sondern zwölf Monatslöhne betragen, um schweren Fällen gerecht zu werden. Des Weiteren soll einem gewählten Arbeitnehmervertreter (vor allem Gewerkschafter) nur aus einem in seiner Person liegenden Grund gekündigt werden dürfen; eine Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen wäre damit nicht mehr möglich. Schliesslich soll auf den zwingenden Charakter von Art. 336 und 336a OR verzichtet werden, d.h., dass vertragliche Abmachungen zum Kündigungsschutz dann erlaubt sind, wenn sie beide Vertragsparteien oder einseitig den Arbeitnehmer besserstellen.

Der Revisionsentwurf ist vollumfänglich abzulehnen, denn die vorgeschlagenen Bestimmungen stellen nicht nur einen Eingriff in die

unternehmerische Freiheit dar, sondern schaden auch dem Standort Schweiz. Ein übertriebener Kündigungsschutz führt zu unerwünschten Nebeneffekten.

Es wäre damit zu rechnen, dass die Unternehmen bei der Schaffung neuer Stellen Zurückhaltung üben würden. Gerade junge Menschen und Arbeitnehmer mit schlechter Arbeitsmarktfähigkeit würden wegen der zu erwartenden Konfliktrisiken kaum mehr Festanstellungen erhalten, sondern nur noch befristet angestellt werden, was heute bereits in verschiedenen EU-Ländern genau aus diesem Grund Tatsache ist. Gemessen daran, dass die Kündigungsfristen in der Praxis selten mehr als drei, höchstens sechs Monate betragen, ist eine Verdoppelung der Entschädigung auf zwölf Monatslöhne nicht sachgerecht und erhielte einen übermässigen Strafcharakter. Auch wenn die Gerichte aktuell meist nur Entschädigungen von einem bis drei Monatslöhnen aussprechen, wäre mit einer Anpassung der Sanktionshöhe nach oben zu rechnen, weil sich die Gerichte an der Mitte des Rahmens orientieren. Die Mitte läge neu bei einem halben Jahreslohn Entschädigung. Dies gefährdet nicht nur den Arbeitsmarkt an sich, sondern die ganze Wirtschaft und trifft Klein- und Mittelbetriebe im Vergleich mit Grossunternehmen mit ihren eigenen Rechtsdiensten besonders hart, ja sogar in existenzbedrohender Weise, was willkürliche Ungleichheiten schafft.

Faktisch würde mit der Revision ein vollständiger Kündigungsschutz für Arbeitnehmervertreter eingeführt. Doch sollten Arbeitnehmer bei Kündigungen nicht einfach deshalb besser gestellt werden, weil sie in einem Arbeitnehmerverband aktiv sind. Damit würden zwei Klassen von Arbeitnehmern geschaffen: die Gewerkschafter und die Übrigen, was bei allfälligen Personalabmassnahmen die Akzeptanz der Arbeitnehmervertretung bei der Arbeitnehmerschaft gefährden würde. Nach heutigem Recht gilt der Kündigungsschutz im direkten Zusammenhang mit dem Mandat als Arbeitnehmervertreter aber bereits und ist nicht bestritten. Zu Ende gedacht könnte einem Arbeitnehmervertreter nicht einmal dann gekündigt werden, wenn das Unternehmen liquidiert würde. Das ist unsinnig.

Die Möglichkeit vertraglicher Abmachungen hinsichtlich des Kündigungsschutzes ist grundsätzlich eine gute Lösung und im Sinne der Vertragsfreiheit zu befürworten. Dennoch darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass durch die Allgemeinverbindlicherklärung eines Gesamtarbeitsvertrages das flexible Arbeitsrecht für die betreffende Branche beschnitten und der vorher gewonnene unternehmerische Spielraum im Vergleich zum geltenden Recht nachteilig eingeschränkt werden könnte. In solchen Situationen wäre auch der im schweizerischen Arbeitsrecht geltende Grundsatz der gleich langen Spiesse gefährdet.

All das widerspricht dem sozialpartnerschaftlichen Gedanken, auf dessen Grundlage der schweizerische Arbeitsmarkt sehr gut funktioniert und im internationalen Vergleich aufgrund seiner Flexibilität durch eine geringe Arbeitslosenquote seit Jahren eine Vorreiterrolle

einnimmt. Dieser gesamtwirtschaftlich grosse Vorteil, von welchem letztlich alle profitieren, darf nicht ohne Not einer schlechteren Lösung geopfert werden. (Centre Patronal)

Die Mittel für mehr Investitionen in die Zukunft sind vorhanden

Während das Budget 2010 ein Defizit von 2,5 Milliarden vorsah, schliesst die Rechnung 2010 mit einem Gewinn von fast 3 Milliarden Franken. Damit liegt sie um etwa 1,5 Milliarden über den Hochrechnungen vom November 2010 und natürlich noch deutlicher über dem Budget. Die Budgetabweichung beläuft sich auf fast 10 Prozent!

Man könnte diese (zu) vorsichtige Budgetierung für nachvollziehbar halten, da die Schweizer Wirtschaft schneller als erwartet wieder angezogen hat. Diese Erklärung greift aber nicht wirklich, denn es ist das siebte Jahr in Folge, in dem die Bundesrechnung ein klar besseres Ergebnis ausweist als budgetiert.

Die Schweiz leistete sich also den Luxus, während der schweren weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008–2010 Gewinne zu erwirtschaften. Da muss man sich fragen, ob in den Budgets der letzten Jahre nicht mehr oder weniger bewusst schwarz gemalt wurde, damit sich

die rigorose Finanzpolitik rechtfertigen lässt.

Diese Sparmentalität ist verhängnisvoll, denn die rigorose Finanzpolitik bedroht die Zukunft, indem sie die für den künftigen Wohlstand der Schweiz erforderlichen Investitionen hemmt. Ausserdem hindert sie die Schweiz daran, ihren insbesondere im Vergleich mit den EU-Ländern bedeutenden finanziellen Spielraum sinnvoll zu nutzen. (Die Verschuldung der Schweiz war 2008 (41,3 Prozent des BIP) deutlich tiefer als jene der meisten EU-Länder (durchschnittliche Verschuldung im EU-Raum: 66,5 Prozent). Die Staatsschulden der Schweiz liegen heute klar unter ihrem höchsten Stand, der 2005 erreicht wurde (130 Milliarden Franken). Ende 2009 beliefen sie sich noch auf 110,9 Milliarden.)

Angesichts der Rechnung 2010 verpflichtete sich der Bundesrat selbst, von einem Teil seines Sparprogrammes, nämlich der Aufgabenüberprüfung für den Zeitraum

2011–2013, abzusehen. Damit verzichtet er auf Einsparungen von etwa 400 Millionen im Jahr 2011, 500 Millionen im 2012 und 600 Millionen Franken im 2013. An den anderen vorgesehenen Massnahmen und der Aufgabenüberprüfung grösseren Umfangs nach 2013 hält er dagegen fest. Die Finanzlage erfordert jedoch, dass der Bundesrat auf die vorgesehenen Kürzungen mit Personalabbau verzichtet.

Mit einem Einnahmenüberschuss von 3 Milliarden Franken im Jahr 2010 und prognostizierten positiven Rechnungsabschlüssen für 2011–2013 lässt sich ein Personalabbau nicht rechtfertigen. Der Bundesrat erklärt seine Absicht mit der Schaffung von 600 neuen Stellen im Jahr 2009. Diese Stellen wurden jedoch geschaffen, weil ein Bedarf dafür bestand. Man darf auch nicht vergessen, dass davor infolge des Entlastungsprogramms 2003–2004 zwischen 2004 und 2007 etwa 2500 Stellen gestrichen worden sind. Ausserdem: Wenn der Bundesrat darauf verzichtet, zwischen 2011

und 2013 gewisse Aufgaben zu streichen oder zu kürzen, darf es logischerweise auch keinen Stellenabbau geben! Andernfalls erhöht sich der Leistungsdruck auf das verbleibende Personal, was sich negativ auf die Arbeitsbedingungen auswirkt. Als Folge davon könnte der Bund als Arbeitgeber an Attraktivität verlieren. Er ist aber auch in Zukunft auf qualifiziertes Personal angewiesen.

Der Bundesrat muss auch endlich vom Programm zur Überprüfung der Bundesaufgaben, so wie er es vorgesehen hat, abrücken. Der ursprüngliche Zweck dieses Programms bestand darin, die Staatsquote unter der Marke von 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) zu stabilisieren. Dieses Ziel wurde inzwischen erreicht (2008: 37,2 Prozent des BIP), und die im Januar 2011 vorgenommene Lagebeurteilung des Eidgenössischen Finanzdepartements zeigt, dass sich die Situation des Bundeshaushaltes deutlich verbessert hat. Für 2012 ist ein struktureller Überschuss von rund einer Milliarde vorgesehen, und auch für 2013 und 2014 rechnet man mit Überschüssen, wenn auch geringeren Umfangs.

Das Aufgabenüberprüfungsprogramm ist insofern besonders schädlich, als es jährliche Zielwachstumsraten für 17 Aufgabengebiete des Bundes bis 2015 im Voraus und zu starr festlegt. So wird sich eine Wachstumsrate von 4,3 Prozent für Bildung und Forschung sicher als ungenügend erweisen.

Insbesondere bei der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs ist die vorgesehene Wachstumsrate von 2 Prozent klar ungenügend und realitätsfremd. Angesichts der Finanzlage verfügen der Bund und die Kantone über die nötigen Mittel, um deutlich mehr zu investieren. Die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs sollen nicht unter bedeutenden Preisaufschlägen bei Abonnements oder Streckenbillets leiden. Das wäre auch eine schlechte Politik im Hinblick auf die Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene und die Einhaltung der Klimaziele.

In der Finanzpolitik drängt sich ein Paradigmenwechsel auf. Statt um jeden Preis sparen zu wollen, ist es sinnvoller, den Spielraum, der durch die gute Finanzlage des Bundes entsteht, voll zu nutzen, um in die Zukunft zu investieren. Die Bundesfinanzen bleiben nicht langfristig gesund, wenn wir überall sparen, sondern nur wenn wir genügend in die Schlüsselbereiche der Zukunft investieren. Neben der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (familienergänzende Betreuungseinrichtungen, Pflegeleistungen zu Hause) zu diesen Bereichen. Nicht zu vergessen sind auch Bildung und Forschung, insbesondere auf Gebieten, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gewährleisten und die Arbeitsplätze von morgen schaffen, wie zum Beispiel die sauberen Technologien und die medizinische Entwicklung. (Travail.Suisse)

Schweizer Transportpolitik: Zurück zur Realität

Die schweizerische Transportpolitik hat die Chance, mit dem alten Ungleichgewicht zu brechen und eine realistischere und pragmatische Vision anzustreben. So lassen die von Bundesrätin Doris Leuthard kürzlich vorgestellten Pläne zur Finanzierung der Bahninfrastruktur und des Strassenverkehrs hoffen.

Eine erste Wiederherstellung des Gleichgewichts ist geografischer Natur: Während der vergangenen Jahrzehnte konzentrierte man sich zum Nachteil der bevölkerungsstarken Regionen im Flachland auf die Nord-Süd-Achse durch die Alpen. Heute nun merkt man, dass die grossen städtischen Gebiete dabei vernachlässigt wurden und unter einer ungenügenden Verkehrsinfrastruktur leiden. Und man nimmt den politischen Willen wahr, die nötigen finanziellen Mittel für Projekte in diesen Regionen bereitzustellen, insbesondere für die Metropole der Genferseeregion, die nicht mehr als verkehrstechnisches Stiefkind des Bundes gelten soll.

Eine zweite Berichtigung ist modal: Die Bundespolitik hat, dem Druck von Umweltorganisationen nachgebend, zu lange einseitig die Schiene bevorzugt. Heute nun erkennt man, dass die Bahn trotz spektakulärer Entwicklungen bei weitem nicht die ganze gestiegene Transportnachfrage abdecken kann, und dass es daher unabdingbar ist, nebeneinander sowohl die Schiene als auch die Strasse auszubauen – im Sinne einer gegenseitigen Ergänzung statt eines Wettstreits.

Der von Bundesrätin Leuthard vorgestellte Vorschlag tradiert diese Einsicht vor allem auf die Finanzierung. So wurde konstatiert, dass die Strassenbenützer seit Jahren ihre eigenen Kosten mehr als decken, während die Bahnkunden für ihre nicht einmal zur Hälfte aufkommen. Die Bahn ist massiv subventioniert zum einen von der öffentlichen Hand, zum anderen aus Einnahmen aus dem Strassenverkehr (Schwerverkehrsabgabe und Benzinsteuern). Die neue Linie, die die Vorsteherin des UVEK verfolgt, verzichtet zwar nicht auf die Umverteilung dieser Strassengelder – im Gegenteil, sie sieht vor, diese nachhaltig zu sichern, was inakzeptabel ist –, aber sie stoppt zumindest das Ausbluten und stellt das Gleichgewicht wieder etwas her, indem sie von der Bahn verlangt, ihre Eigenfinanzierung zu steigern. Im Visier sind in erster Linie die Preise für den Personentransport, bei denen eine stufenweise Erhöhung um zehn Prozent geplant ist.

Aber auch die Strassenbenützer werden zur Kasse gebeten: Sie sollen den doppelten Preis für die Vignette und mehr Benzinsteuern bezahlen. Allerdings sollen diese Gelder unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips ausschliesslich der Finanzierung von Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Strassennetzes dienen.

Der Vorschlag von Doris Leuthard weist einige unhaltbare Aspekte auf – beispielsweise die ungeschickte Idee, die zulässigen Steuerabzüge für den Arbeitsweg

zu reduzieren. In seiner allgemeinen Ausrichtung hingegen ist er begrüssenswert, da er die Notwendigkeit von Investitionen sowohl in die Strasse als auch in die Schiene anerkennt und von jeder Transportart verlangt, dass sie den grösstmöglichen Teil ihres Finanzierungsbedarfs selber deckt. Unverhoffterweise steht er damit der VCS-Initiative entgegen, die über die heutigen Zahlungen hinaus zusätzlich die Hälfte der Treibstoffsteuern für den öffentlichen Verkehr abschöpfen will. Damit würden rund 70 Prozent der Strassenabgaben für andere Zwecke missbraucht. Die Initiative, die nicht nur den Ausbau des Strassennetzes verhindern, sondern es darben lassen will, muss im gegebenen Zeitpunkt bekämpft werden. Ebenso muss den kürzlich geäusserten Forderungen der SP entgegen getreten werden: Sich sträubend, dass ihre Wähler den richtigen Preis für die Benutzung des öV bezahlen müssten, hat sich ihre Parteileitung zu einer Medienmitteilung hinreissen lassen, die verlangt, dass der öV durch eine Steuererhöhung mitfinanziert wird... für die Unternehmen!

Die Unternehmen, wie alle Steuerzahler, leisten bereits mehr als ihren Teil an die Finanzierung des Strassen- und Schienentransports. Angesichts der gewichtigen Investitionen, die in den nächsten Jahren getätigt werden müssen, ist es an der Zeit, die wahren Profiteure ausfindig zu machen und darauf zu achten, dass jeder die Leistungen, die er bezieht, auch gerecht bezahlt. (Centre Patronal)

Freihandel mit China: Grosse Chance für die Schweiz

Bundesrat Johann Schneider-Ammann und der chinesische Handelsminister Chen Deming haben in Davos offiziell die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen eröffnet. Das Abkommen wird dem bilateralen Handel einen positiven Impuls verleihen und der Schweizer Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil sichern.

Mit einem Handelsvolumen von knapp 12 Milliarden Franken von Januar bis November 2010 ist China aktuell der viertwichtigste Absatzmarkt für Schweizer Produkte und der dritt wichtigste Zulieferer der Schweiz. China weist ein hohes Wachstumspotenzial mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten für Schweizer Unternehmen auf. Die Ausfuhr von chemisch-pharmazeutischen Produkten nach China hat sich in den letzten zehn Jahren beispielsweise vervier-, diejenige von Uhren gar verzehnfacht.

Mit einem Freihandelsabkommen können die noch bestehenden Zölle von durchschnittlich 10 Prozent und weitere Handelshemmnisse abgebaut werden. Die Machbarkeitsstudie, die im Vorfeld der Verhandlungen erstellt wurde, prognostiziert eine Steigerung des Handelsvolumens um schätzungsweise 50 Prozent. Ausserdem wird sich ein umfassendes Abkommen positiv auf den Dienstleistungssektor (z.B. Finanz- und Logistikdienstleistungen) sowie auf den Schutz des Geistigen Eigentums auswirken.

Ein Freihandelsabkommen wird die Benachteiligung von Schweizer Unternehmen gegenüber Konkurrenten aus Freihandelspartnern von China wie den südostasiatischen Ländern oder Neuseeland eliminieren. Gegenüber Konkurrenten ohne Abkommen (z.B. USA und Europäische Union) wird gar ein Wettbewerbsvorteil geschaffen. Insgesamt erhöht sich die Rechtssicherheit für Exporteure und Investoren.

Rund 300 Schweizer Firmen beschäftigen über 120 000 Personen in China. Umgekehrt fassen zunehmend chinesische Firmen bei uns Fuss und nutzen die Schweiz als Basis und Tor zu Europa. Ein Freihandelsabkommen wird insbesondere für zahlreiche KMU in beiden Ländern Verbesserungen bringen. Für innovative Hightech-KMU ergeben sich interessante neue Möglichkeiten. Die Erfahrungen zeigen deutlich, dass Freihandel den Wohlstand der beteiligten Länder positiv beeinflusst.

Dies trägt auch dazu bei, dass sich in den Partnerstaaten die Menschenrechte sowie Sozial- und Umweltstandards verbessern. Zwar ist ein Freihandelsabkommen nicht das richtige Gefäss, um solche Fragen direkt lösen zu wollen. Politische Stabilität und Wirtschaftswachstum sind jedoch die besten Mittel um sicherzustellen, dass diesen Anliegen nachhaltig Rechnung getragen wird. (economiesuisse).

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,4	100,8	100,3	100,1	99,9	99,8	99,8	99,9	100,1	99,6	99,6	99,7
2010	100,1	99,8	100,3	100,9	101,2	100,8	100,3	100,4	100,4	99,9	99,7	100,0
2011	100,1											
¹	-0,1%											

Produzentenpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	101,7	101,0	100,6	100,6	100,3	100,3	100,1	100,1	100,2	99,8	99,7	99,9
2010	100,2	100,0	100,3	100,8	101,0	100,5	100,1	100,3	100,3	100,1	99,7	100,0
2011	100,1											

Importpreise

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	100,9	100,5	99,7	99,2	98,9	99,0	99,2	99,5	99,8	99,4	99,5	99,5
2010	99,8	99,6	100,3	101,0	101,7	101,2	100,6	100,7	100,4	99,5	99,7	100,0
2011	100,0											

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

Totalindex

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2009	98,4	98,6	98,3	99,1	99,3	99,5	98,8	98,9	98,9	99,5	99,7	99,5
2010	99,4	99,5	99,7	100,5	100,4	100,0	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0
2011	99,6											
¹	+0,3											

2008 ²	2009 ²	2010 ²	2010						2011
			Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.

Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		2008 ²	2009 ²	2010 ²	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2011
		99,5	99,0	99,7	99,2	99,2	99,2	99,7	100,0	100,0	100,0	99,6
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Totalindex											
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103	102,8	101,6	101,5	101,8	101,6	100,4	100,6	100,0	100,0	99,0
	Alkoholische Getränke und Tabak	95,6	98,2	99,4	99,3	99,4	100,0	100,2	100,0	100,0	100,0	100,8
	Bekleidung und Schuhe	90	92,1	93,2	86,3	86,3	86,3	100,8	100,8	100,0	100,0	89,9
	Wohnen und Energie	98	96,9	99,3	99,2	99,1	98,9	99,3	100,0	100,0	100,0	100,5
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	99,7	100,5	100,1	99,1	99,5	100,3	100,2	100,1	100,0	100,0	98,6
	Gesundheitspflege	100,3	100,7	100,4	100,2	100,1	100,0	100,2	100,1	100,0	100,0	100,2
	Verkehr	100,4	97,1	99,4	99,3	99,0	99,1	98,3	99,0	100,0	100,0	100,6
	Nachrichtenübermittlung	106,7	101,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,1
	Freizeit und Kultur	103,3	102,7	100,5	100,1	100,2	100,0	99,8	99,7	100,0	100,0	98,2
	Erziehung und Unterricht	96,3	97,8	98,9	98,6	98,6	99,5	99,5	99,5	100,0	100,0	100
	Restaurants und Hotels	97,6	99,2	100,1	99,9	100,1	100,0	99,9	99,8	100,0	100,0	101,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	98,4	98,9	100,2	100,2	100,4	100,2	100,1	100,1	100,0	100,0	100,4	
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	98,0	99,2	99,8	99,7	99,7	99,7	99,7	99,9	100,0	100,0	100,2
	Auslandgüter	103,4	98,6	99,4	97,9	97,8	97,7	99,8	100,1	100,0	100,0	98,1
	Waren	101,9	99,1	99,8	98,6	98,6	98,5	100,0	100,1	100,0	100,0	98,9
	Dienstleistungen	97,8	99,0	99,7	99,7	99,6	99,7	99,5	99,9	100,0	100,0	100,2

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Ein Gespenst geht um in der Schweiz

Ökonomen und Vertreter der Nationalbank fürchten, dass der Schweizer Immobilienmarkt überhitzt sei. Dies sehen nicht alle gleich.

Vorab die gute Nachricht: Die Weltwirtschaft wächst, und das sogar relativ kräftig. In praktisch allen wichtigen Volkswirtschaften weisen die Vorlaufindikatoren für Investitionen der Unternehmen und den privaten Konsum weiter auf eine positive Entwicklung in den kommenden Monaten hin. Diese Komponente ist eine wichtige Rahmenbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz, und somit auch für die Entwicklung unseres einheimischen Immobilienmarktes. Denn damit wird sich der Zuwanderungssaldo nach einem leichten Einbruch im 2010 wieder stabilisieren, was die Wohnungsnachfrage wiederum günstig beeinflussen dürfte.

Nun aber der Reihe nach: Seit Mitte 2010 berichten die Medien ausgiebig und in regelmässigen Abständen über die Gefahr einer möglichen Immobilienblase am Schweizer Immobilienmarkt. Brisanz erhält das Thema vor allem durch die Warnungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB). So hatte SNB-Chef Philipp Hildebrand öfters wegen offenbar zu lasch gehandhabter Vergabekriterien einzelner Finanzinstitute eine stärkere Beobachtung der Hypothekarkreditvergabe in Aussicht gestellt; auch wurden durch die FINMA einzelne Banken vor Ort überprüft; vereinzelt Banken wurden gerügt, aber eine breite Missachtung wurde nicht festgestellt. In der Tat sind aufgrund der historisch tiefen Zinsen, der hohen Nachfrage nach Wohneigentum und dem harten Wettbewerb unter den Banken

um Marktanteile die wichtigsten Zutaten für eine Immobilienblasenbildung vorhanden. Es lohnt sich aber, dieses Thema vertiefter anzuschauen.

Warum glaube ich persönlich nicht an eine generelle Blasenbildung?

Zunächst muss der Begriff «Blase» definiert werden. Prof. Dr. Philippe Thalmann hat kürzlich eine Überhitzung wie folgt definiert: «Unter einer Blase ist ein Preis- oder Mengenwachstum zu verstehen, das nicht mit anderen Faktoren begründet werden kann, sondern nur durch sich selbst gestützt wird». Eine Immobilie wird also nur noch deshalb gekauft, weil der Käufer mit weiteren Preiserhöhungen rechnet, ohne dass die Rechtfertigung dieses Vertrauens hinterfragt wird. Dieses Verhalten stellen wir hierzulande - im Gegensatz zu den 80er Jahren - nur vereinzelt in einigen sogenannten «Hot-Spots» (z.B. Zürich- oder Genferseegebiet), nicht aber flächendeckend fest.

Zweitens lohnt sich ein Vergleich mit den bekannten internationalen Märkten, welche kollabiert sind (USA, Spanien, England, Irland). Diesbezüglich war die Preissteigerung am Schweizer Immobilienmarkt in den vergangenen Jahren relativ stetig und moderat. Diese Preissteigerungen dürften grösstenteils auf die Entwicklung von Fundamentaldaten zurückzuführen sein (z.B. Zuwanderung und Einkommensentwicklung). Gemäss Wüest und Partner (siehe auch Schwyzer Immobilienbericht vom Herbst 2010) sind die Preisentwicklungen der vergangenen Jahre ebenfalls auf einen begründeten Nachfrageschub zurückzuführen.

Drittens muss der Schweizer Immobilienmarkt differenziert betrachtet werden. Gemäss Mietindex von Wüest und Partner haben die Wohnungsmieten in den letzten vier Jahren um 13 % (Zürich) bzw. 18 % (Genf) zugenommen (CH: 10 %). Die Eigentumswohnungen verteuerten sich in Zürich um 34 % und in Genf um 59 % (CH: 23 %). Auch wenn sich diese «Hot-Spots» derart dynamisch entwickeln, so darf dies nicht auf den ganzen Markt bezogen werden.

Trotzdem: Je länger der Leitzins wegen der gegenwärtigen Inflationsspektiven und der schwierigen Wechselkursentwicklung tief gehalten wird, desto grösser ist auch das Risiko einer Blasenbildung. Die SNB ist dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtet - und hier ist das Dilemma: der Exportsektor verlangt (in letzter Zeit kreativ) nach einem schwächeren Franken und somit einer weiterhin sehr expansiven Geldpolitik, der boomende Binnenmarkt jedoch bräuchte höhere Zinsen, die das Risiko einer Überhitzung, vor allem im Immobiliensektor, reduzieren.

Die Schwyzer Kantonalbank hat auch im 2010 bei unveränderter Kreditpolitik ein «schönes Volumenwachstum» erzielt. Es liegt zwar unter dem Marktwachstum - aber es passt so zur aktuellen Situation, zur Strategie und zum Leitbild unserer Bank, nämlich zu den Punkten «verantwortungsvolles Handeln» und zu «gemeinsam Erfolg haben».

Viel Erfolg wünscht Ihnen

Andreas Langenegger
Mitglied der Geschäftsleitung,
Schwyzer Kantonalbank

Lunch des H + I Termin-Vormerkung

Am **Mittwoch, 30. März 2011, ab 12.00 bis 14.00 Uhr** findet im Restaurant La Forchetta in Biberbrugg der nächste H + I-Lunch statt, an dem **Herr Dr. Franz Marty, Alt-Regierungsrat und Präsident der Verfassungskommission des Kantons Schwyz**, zum Thema **«Ist die neue Schwyzer Verfassung wirtschaftstauglich?»** ein Kurzreferat halten wird – Termin bitte vormerken, die Einladungen werden folgen.

Diese Ausgabe wird gesponsert von
PPS Polyvalent PatentService AG,
Bahnhofstrasse 12, 6403 Küsnacht am Rigi
www.pps.ch

Nr.	Datum	Sponsor
417	24.06.2010	Svito AG, Immobilien, Herrengasse 7/9, 6430 Schwyz
418	26.08.2010	FAES AG, Roosstrasse 49, 8832 Wollerau
419	23.09.2010	TEVAG Interior AG, Zürcherstrasse 137, 8852 Altendorf
420	28.10.2010	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach
421	25.11.2010	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
422	16.12.2010	CONVISA AG; Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Schwyz, Pfäffikon, Altdorf
423	27.01.2011	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau
424	24.02.2011	PPS Polyvalent PatentService AG, Bahnhofstrasse 12, 6403 Küsnacht am Rigi
425	29.03.2011	Beat Föhn AG, Plattenbeläge, Gätzlistrasse 2, 6440 Brunnen
426	28.04.2011	Arthur Weber AG, Wintersried 7, 6423 Seewen
427	26.05.2011	Glasmanufaktur Buttikon AG, Glashandel, Kantonsstrasse 41, 8863 Buttikon
428	23.06.2011	Schwyz Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
429	25.08.2011	Lütze, Elektronik Elektrotechnik, Oststrasse 2, 8854 Siebnen
430	29.09.2011	Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
431	27.10.2011	Mächler AG, Sandstrahl- und Metallspritzwerk, Zürcherstrasse 104, 8852 Altendorf
432	24.11.2011	A. Betschart Söhne AG, Transport und Heizöl, Schwyzerstrasse 19, 6440 Brunnen
433	15.12.2011	ROESLE FRICK&PARTNER Rechtsanwälte und Urkundspersonen, Zürich und Pfäffikon/SZ
434	21.01.2012	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
435	23.02.2012	Sparkasse Schwyz, 6431 Schwyz
436	29.03.2012	Mythen Center Schwyz, Mythencenterstrasse 15, 6438 Ibach
437	26.04.2012	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6340 Baar
438	24.05.2012	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6438 Ibach